

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köppler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitspaltel oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Anzeigen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Abnahme von Inseraten Kohlenmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasensteins & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienens, Greifswald G. Illies,
Halle a. S. Jul. Barck & Co., Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Steiner, William Wilkens, in Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Deutschland.

Berlin, 18. Mai. Die Steuerberufung der Gebäudesteuer ist zum Abschluß gelangt. Das Ergebnis zeigt, daß von dem Mehrertrage 5,4 Millionen Mark auf die Städte, 2,2 Millionen Mark auf das platt Land entfallen. Die Vermehrung des Mietwerts der städtischen Gebäude ist daher in dem fünfzehnjährigen Zeitraum, für welchen die Veranlagung erfolgt, mehr als doppelt so hoch gewesen, als der der ländlichen Gebäude.

Dieses Mehr kommt bekanntlich nur zum kleinen Theile der Staatskasse zu Gute; vom 1. April 1890 ab wird die Gebäudesteuer für die kommunale Besteuerung ganz freigegeben. Der Zuwachs am Ertrage erhöht somit die Steuerkraft der Gemeinden und es ergibt sich daraus, daß die Städte einen ungünstigen Zuwachs an Steuerkraft erhalten, als das flache Land, mithin auch betreffs ihrer Kommunalbesteuerung besser gestellt sind als jenes, wo die Verhältnisse mehr stabil sind.

Auch in anderer Hinsicht werden die Städte vielfach in Bezug auf die Kommunalbesteuerung einen Vorsprung vor dem platten Lande durch das Kommunalabgabengesetz genießen. So namentlich auch in Bezug auf die besondere Besteuerung der Bauplätze, welche durch dieses Gesetz zuerst ermöglicht wird. Von dieser Ermächtigung werden diejenigen Städtegemeinden, welche in rascher Entwicklung begriffen sind, nothwendig im Interesse der Gerechtigkeit und des Stadtwachstums ausgiebigen Gebrauch machen, während den Landgemeinden die gleiche Möglichkeit sich nur ganz ausnahmsweise eröffnen wird und der größte Theil der Landgemeinden dabei gar nicht in Frage kommt.

Die nach Maßgabe des Gesetzes vom 18. Juli 1892 festzustellenden Entschädigungen für die Aufhebung des den vormaligen unmittelbaren deutschen Reichsständen zugehörigen Rechts auf Freiheit von ordentlichen Personalsteuern sind nunmehr zum Gesamtbetrage von 1 645 646 Mark ermittelt, während dieser Betrag in den Wotoren des betreffenden Gesetzestextes auf 2 400 000 bis 2 700 000 Mark veranschlagt war. Hiermit ist nunmehr die volle Rechtsgleichheit in der Tragung der Staatslasten hergestellt und eine in früherer Zeit zu vielen politischen Differenzen führende Streitfrage unter Schonung der bestehenden Rechtsoverhältnisse in befriedigender Weise erledigt worden.

Dem Vernehmen nach ist dem Bundesrathe der Entwurf zu einer Verordnung zugegangen, welche die Aufhebung der Verordnung vom 4. Juli v. J. S. betreffend das Verbot der Ausfuhr von Streu- und Futtermitteln auspricht. Der Entwurf ist vorgelegt, weil jenes Verbot der Ausfuhr von Heu, Futtermitteln, Stroh und Häfen von zu jener Zeit von ausländischer Seite beabsichtigten Anlauf von Streu- und Futtermitteln im Reichsgebiet verbindend und damit seinen Zweck erfüllt hat. Bei der jetzigen Lage der Verhältnisse ist nicht mehr zu befürchten, daß die inländische Versorgung durch Einfuhr vom Auslande beeinträchtigt werden könnte, zumal nachdem auch der österreichisch-ungarische Markt bereits seit mehreren Monaten durch Aufhebung des dort erlassenen Ausfuhrverbots wieder eröffnet worden ist. Ein Futtermangel, wie er durch den unglücklichen Ausfall der vorjährigen Ernte hervorgerufen wurde, ist in diesem Jahre nicht zu befürchten; im Gegentheil kann nach den reichlichen Niedererträgen der letzten Wochen eine beträchtliche Ernte in Futterkräutern und namentlich auch einer guten Stropernte beim Winterforn in den meisten Gegenden des Reichs entgegengehoben werden. Innerhalb der deutschen Landwirtschaft herrscht überwiegend die Auffassung, daß ein weiteres Fortbestehen des Verbots sogar nachtheilig zu sein geeignet sei, da in manchen von den unglücklichen Witterungsverhältnissen des Vorjahres weniger betroffenen Theilen des Reichs Futtervorräte lagen, welche im Inlande keine lobende Verwendung finden. Unter diesen Umständen ist die Aufhebung des Verbots als nothwendig erscheinend. Sie soll am Tage der Verkündung der neuen Verordnung eintreten.

Die säkularischen Szenen, die sich zu Beginn des dritten Verhandlungstages des internationalen Vergarbeiterkongresses zugezogen haben, zeigen, wie weit man auch in den Väterversammlungen der Arbeiter noch von der Betätigung jener Brüderlichkeit entfernt ist, die man hier stets auf der Lippen führt. Nach Herrn Wurt sollte die Bedeutung dieser Kongresse hauptsächlich in der erheblichen Wirkung auf die Arbeiterklasse liegen. Man wird nach dieser Wirkung aber vergeblich sich umsehen, wenn man die Berichte über die gestrigen Vorgänge liest; und noch weniger werden die Theilnehmer an dem Kongresse den Eindruck empfangen haben, als ob die Achtung vor der Meinung Anderer bei den Vertretern der Arbeiter getrigen wäre, die Herr Wurt gleichfalls den Kongressbesuchern mit warmen Worten aus Herz gelegt hatte. Schon der Protest der Deutschen gegen die Geschäftsleitung Wilsons war bezeichnend genug. Er hat hier, wo jede Anspielung auf die allein schlagende Sozialdemokratie nicht mit rauchendem Wessal begrüßt wird, mit seiner kühlen Abgabe an den Sozialismus allerdings nicht wenig Anstoß erregt. Charakteristisch aber ist noch der Empfang, der dem österreichischen Bergmann Walstein bereitet ist. Schon der Hinweis, daß sein Name nicht mit in die Präsenzliste aufgenommen worden sei, wurde mit Dankschreien aufgenommen. Als er sich aber weiter gegen die Bevormundung der Vergarbeiter durch die Sozialdemokratie erklärte und hinzufügte, daß die Mehrzahl seiner Berufsgenossen von der Sozialdemokratie nichts wissen wolle und tren zu Kaiser und Papst halte — Walstein ist Mitglied eines katholischen Arbeitervereins —, da schollen ihm die echt toleranten Rufe: „Halt die Schnauze!“ „Raus aus dem Saale!“ entgegen; und in gesonnenfälliger Weise ist er dann auch hinausgeleitet worden. Wenn schon über bloße Formalien sich derartiges Geizt erheben kann, so darf von den praktischen Ergebnissen der Verhandlung nicht zu viel erwartet werden. Die Engländer, denen es darum zu thun scheint, insbesondere wegen des Abstammungstages einen einmütigen Beschluß herbeizuführen, haben es gestern an Entgegenkommen nicht fehlen lassen. Aber der Weis, ob der Streit sich nicht wiederholt, wenn es zur Abstimmung über die Resolutionen kommt, mit deren Verabreichung nun begonnen werden soll.

Die Kaiserin Friedrich wird einen großen Theil des Sommers auf Schloß Kronberg zubringen und fast alle ihre Kinder sowie eine Reihe anderer fürstlicher Persönlichkeiten dort empfangen, wie verlautet, auch die Kronprinzessin Sophie von Griechenland in Begleitung ihres Gatten.

In Darmstadt traf dieser Tage die Gesellschaftsname der Großfürstin Sergius, Fräulein Schneider, aus Russland hier ein. Fräulein Schneider, die Tochter eines russischen Generals, ist dazu bestimmt, der Prinzessin Aliz von Hessen, der Braut des Großfürsten-Thronfolgers, den ersten Unterricht in der russischen Sprache zu erteilen, wie sie dies seiner Zeit auch bei der Großfürstin Sergius that. Die in mehreren Blättern gebrachte Mittheilung, daß die Prinzessin Aliz schon seit längerer Zeit russisch lerne, beruht auf Erfindung. Fräulein Schneider reiste bald nach ihrer Ankunft zur Prinzessin Aliz nach England ab, um mit derselben später nach Darmstadt zurückzufahren.

Der Frankfurter Prediger Ehlers hatte in einer Eingabe an das evangelisch-reformirte Konsistorium in Frankfurt a. M. ersucht, beim Kultusminister dahin vorstellig zu werden, daß in Frankfurt den Reformierten bei dem Religionsunterricht in den Schulen diejenige Berücksichtigung zu Theil werde, auf die sie ein Anrecht haben. Jedenfalls möge man die Lehre von der Auferstehung und dem künftigen Leben der Konfirmantenunterricht überlassen; wo sie doch behandelt werden soll, möge dies nur unter Zugrundelegung der biblischen Abschnitte geschehen. Vom Kultusminister ist darauf nach der „Prot. Kirchenztg.“ unter dem 17. April folgender Erlass ergangen:

Auf die Vorstellung vom 15. Januar d. J. erwidere ich dem künftl. evang. reform. Konsistorium, daß in den Lehrplänen und Vorfchriften für die höheren Schulen vom 6. Januar 1892 unter die Vorfchriften des evangelischen Religionsunterrichts zwar die Durchnahme und Erlernung von künftigen kleinen Katechismen aufgenommen und auch die Erlernung des vierten und fünften Hauptstücks einer bestimmten Klasse zugeordnet ist, daß aber durch diese allgemeine Bestimmung kein bestimmtes Lehrbuch vorgeschrieben werden sollte, auf allen Schulen und von allen evangelischen Schülern ohne Unterschied, ob sie einer lutherischen, reformirten oder unierten Gemeinde angehören, die Erlernung dieser beiden Hauptstücke zu verlangen. Vielmehr ist es als allgemeines Lehrziel des evangelischen Religionsunterrichts ausdrücklich hingestellt, die Jugend in Gottes Wort zu erziehen und sie zu befähigen, daß sie bereinigt durch Bekenntnis und Wandel und namentlich auch durch lebendige Betheiligung am kirchlichen Gemeindeleben ein wirksames Beispiel gebe. Hieraus ergibt sich von selbst, daß in Schulen, deren Schüler alle oder zum Theil aus kirchlichen Gemeinden nichtlutherischer Bekenntnisse stammen, für die Unterrichtsverhältnisse nicht ein bestimmter Katechismus allgemein verbindlich sein kann. Ich habe daher das künftl. Provinzial-Schulcollegium zu Kassel, nachdem ich dasselbe zur Sache gehört, auf seinen Antrag ermächtigt, nicht nur in Frankfurt a. M., sondern auch an anderen Orten, an denen ähnliche Verhältnisse vorliegen, dahin zu wirken, daß die Lehre von der Auferstehung und dem künftigen Leben nach dem 4. und 5. Hauptstück des lutherischen Katechismus, sondern nur auf Grund des Bibelwortes behandelt werde. Voss.“

Dresden, 17. Mai. Der Kultusminister hat die Regierung hierhermit angewiesen, die Wahl des Mittelschulraths Hülgers-Schweinitz zum Stadtverordneten zu bestätigen, was inzwischen auch geschehen ist. Die Regierung hatte vorher die Betätigung wegen des entschiedenen Widerspruches der Schuldeputation und des Kreisinspektors verweigert. — Nach einem Schreiben des Handelsministers an die Handelskammer in Schweinitz wird beauftragt, die Handelskammer neu zu ordnen, aber erst die eventuelle Errichtung einer Handelskammer abzuwarten.

Frankfurt a. M., 17. Mai. Dem „Frankfurter Generalanzeiger“ zufolge wurden in der gestrigen Vorstandssitzung des Kolonialvereins 20 000 Mark für die Togo-Expedition bewilligt.

Braunschweig, 17. Mai. Die Verammlung des Vereins deutscher Straßensanitätsbeamten wurde im Namen der braunschweigischen Regierung vom Minister Dr. Spies begrüßt. Nachdem die Verammlung zum Präsidenten beider Tage den Senatspräsidenten, Staatsrath Dr. v. Kölln aus Stuttgart gewählt hatte, beschloß dieselbe nach eingehender Beratung: „Die mit den kurzzeitigen Freiheitsstrafen bei ihrer gegenwärtigen Vollzugart gemachten Erfahrungen drängen zur Abänderung im Vollzuge derselben.“ Die Verammlung stellte eingehende Grundsätze und Maßnahmen für die erforderlichen Abänderungen auf. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung beschloß die Verammlung: „Die kurzzeitigen Freiheitsstrafen sind unentbehrlich und an sich nicht verwerflich, auch nicht im Mindesten eine von einem Tage. Sie finden aber auf Grund der jetzigen Gesetzgebung eine zu ausgedehnte Anwendung. Es erscheint daher eine Einschränkung derselben in Bezug auf Anordnung und Anwendung geboten.“ Die Verammlung stellte auch hierfür eingehende Ausführungsregeln auf.

Karlruhe (Baden), 17. Mai. Die Regierung hält, der „Bad. Anz.“ zufolge, an der indirekten Landtagswahl nicht unbedingt fest; sie ist vielmehr bereit, zu prüfen, inwieweit unter Vermeidung eines lediglich auf der großen Zahl von Wahlberechtigten beruhenden Ueberwiegens einzelner Volkstheile und unter Wahrung der besonderen Interessen der Städte und der Gemeinden die bestehenden Wahlrechtsbestimmungen eventuell unter Zugrundelegung des Proportionalsystems geändert werden können.

Oesterreich-Ungarn.

Privat, 17. Mai. In den mährischen Theile des Reichs stehen nur noch zwei Nordbahnschäfte im Streit, welcher sonst entschieden im Abnehmen begriffen ist. Auf dem Tiefbauabschnitt in Mährisch-Odra führen heute 90 Prozent, auf dem Karolinenabschnitt 80 Prozent der Arbeiter an. Man nimmt an, daß dieser Umschwung auf gestern stattgehabte Unterhandlungen der Behörden mit den Deputationen der Arbeiter zurückzuführen ist. Die Vertreter der Behörden beschränkten sich darauf, die Arbeiter zur Wiederanbahnung der Arbeit zu bewegen. Der Statthalter von Mähren, Freiherr Spens von Wobben, ist hier eingetroffen und hat den mährischen Theil des Reichsreviers inspiziert.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 15. Mai. Heute Vormittag 10^{1/2} Uhr wurde der 3358 Meter lange Albistunnel durchbrochen. Etwa 70 Gäste, darunter Vertreter der Regierungen von Zürich und Zug, Stadtpräsident Pestalozzi, Vertreter zahlreicher Gemeinden, die Ingenieurvereine der Gottardo- und der Nordostbahn trafen von beiden Seiten an der schmalen Scheidewand zusammen. Zwei Schiffe öffneten den Tunnel. Ein Unternehmerruffer hielt eine kurze Ansprache; 8 goldene, 120 silberne und 350 bronzene Medaillen wurden verteilt. Dann kehrten die Festgäste nach Baar zurück zum glänzenden Bankett. Baar war festlich geschmückt; Musik und Böllerschüsse verkündeten das frohe Ereignis des Durchschlages.

Belgien.

Lüttich, 16. Mai. Der Baron Ungern-Sternberg, den der Anarchist Richard Müller als den Stifter des von ihm verübten Dynamitanschlags gegen den Dr. Renjon bezeichnete, und der im November v. J. aus Straßburg nach Lüttich fuhr, ist seinem Pässe zufolge 1867 in Neustadt-foje in Russland geboren und wird im Steckbrief folgendermaßen beschrieben: „Alter etwa 27 Jahre, Figur über Mittelgröße, ziemlich bleich, Haare blond, Stirn kahl, Gesichtsfarbe bleich, gelblich, Schnurrbart rötlich-blond. Ist stets sehr gut gekleidet und nennt sich gewöhnlich Graf Ernst von Stenberg, nimmt aber auch manchmal russische Namen an, besonders den Namen Cypryan Filippowitsch.“ Es ist noch nicht festgestellt, ob er Russe oder Desterreicher ist. Die Bombe, die in der Rue de la Paix explodirte, hatte Sternberg selbst in Maftricht angefertigt und nach Lüttich gebracht. Müller, der wegen eines bei einem hiesigen Waffengeschäft verübten Revolverdiebstahls im vorigen Jahre eine mehrmonatliche Gefängnisstrafe verbüßt hatte und dann aus Belgien ausgewiesen wurde, kam am 29. April d. J. unter dem falschen Namen Richard nach Lüttich zurück und hielt sich, um nicht der Polizei in die Hände zu fallen, abwechselnd bei verschiedenen Freunden verborgen. Sein gewöhnlicher Begleiter war ein anderer Deutscher, Namens Wetmar, der ebenfalls als der Mithilfe an den Anschlügen verdächtig in Haft genommen wurde. Müller giebt an, daß er gar kein Anarchist sei, sondern nur aus Gefälligkeit für den Baron, der ihm, dem gänzlich Mittelloßen, hülfesbereit entgegengekommen sei, sich zu dem Verbrechen habe verleiten lassen. Bevor sie sich nach der Rue de la Paix begaben, ließen Müller und Sternberg mit der Bombe längere Zeit in der Stadt herum. Sie sahen auch eine Viertelstunde lang in dem dicht mit Gästen gefüllten Café Sanderby und Sternberg wollte durchaus, daß Müller die Bombe in diesem Café explodiren lasse. Da Müller sich weigerte, so führte ihn Sternberg nach der St. Pauls-Kathedrale, wo sich ebenfalls viele Menschen befanden. Auch hier weigerte sich Müller, der Aufforderung des Russen nachzugehen, da er angeblich kein Blut vergießen wollte. Endlich begaben sich die beiden vor das Haus des Dr. Renjon und warteten, nachdem Müller die Bombe niedergelegt und die Zündschnur angezündet hatte, bis die Explosion erfolgte, über deren Wirkung Sternberg eine teuflische Freude bezeugt haben soll. Nach verübtem Verbrechen verbergte sich Müller bei Schlegel, der wohl ebenfalls eingeweiht war. Auch den Dynamitanschlag gegen die St. Jakobskirche hat Müller gemeinschaftlich mit Sternberg und zwei Studenten verübt, wozu letztere auch an den Anschlügen gegen das Theater und gegen die Wohnung des Bürgermeisters theilhaftig gewesen sein sollen. Mit dieser Aussage ist wahrscheinlich die heute Morgen erfolgte, Aufsehen erregende Verhaftung der Söhne zweier hochachtbarer hiesiger Bürgerfamilien in Verbindung zu bringen; der eine der jungen Leute, Vebanc, ist der Sohn eines Kolonialwarengroßhändlers, der andere, Arnold, der Sohn eines verstorbenen Waffensabrikanten. Noch eine Menge anderer Verhaftungen stehen unmittelbar bevor. Es scheint in der That, daß es der Polizei diesmal gelingen wird, das ganze Anarchistennest auszurotten. Erwähnt sei noch, daß Müller kein Wort französisch spricht. Für Verübung des Anschlages gegen die Jakobskirche will Müller von Sternberg fünf Franken erhalten haben. Von Sternberg vermutet man, daß er sich augenblicklich in London versteckt hält.

Frankreich.

In der französischen Deputiertenkammer richtete Raiberti eine Anfrage an die Regierung wegen des Rundschreibens des Nuntius Ferrata an die Bischöfe hinsichtlich des Gesetzes betreffend die Rechnungslegung über das Kirchenvermögen. Raiberti behauptete, der Nuntius habe gar nicht das Recht, den französischen Bischöfen bezüglich ihrer politischen Haltung Vorschriften zu machen. Mehrere andere Redner äußerten sich in gleichem Sinne. Im weiteren Verlaufe der Sitzung beschloß sich Gendre über die Betheiligung von Offizieren an den zu Ehren der Jungfrau von Orleans veranstalteten religiösen Feierlichkeiten. Ministerpräsident Casimir Perier antwortete, die Offiziere wären ermächtigt worden, diesen Feierlichkeiten als einzelne Personen beizuwohnen. Der Ministerpräsident fuhr dann fort, die Regierung protestire gegen das Rundschreiben des Nuntius Ferrata, das sie weder der Form noch dem Inhalte nach billige. Der Nuntius habe erklärt, das Rundschreiben sei gegen seinen Willen verfaßt worden, und habe wegen der Veröffentlichung sein Verlangen ausgedrückt. Der Ministerpräsident verlas schließlich die dem Völkervertrag beim Vatikan übergebenen Instruktionen, in welchen es heißt, es wäre unmöglich, in Betreff der Anwendung des Gesetzes über das Kirchenvermögen irgend eine Konzession zu machen, so lange der Widerstand des Klerus fortbestehe. Im weiteren Verlaufe der Debatte tabelte Piquere die Schwäche der Regierung. Pelletan forderte die Verabreichung der Diskussion zum Zwecke einer eingehenderen Beratung. Der Verabreichungsantrag wurde darauf mit 307 gegen 177 Stimmen abgelehnt und die vom Ministerpräsidenten Casimir Perier empfohlene Tagesordnung beibehalten, welche die Erklärung der Regierung billigt, mit 334 gegen 142 Stimmen angenommen.

Die Delegation der außerparlamentarischen Marine-Kommission nahm den Bericht des Admirals Vallon an, in welchem das Kriegsschiff „Magenta“ trotz gegentheiliger Urtheile als ein Schiff ersten Ranges bezeichnet wird. Die Blätter berichten von einer blutigen Schlägerei, zu der es letzten Sonntag zwischen

einigen Matrosen des bei Bangkol vor Anker liegenden französischen Kriegsschiffes „Vipere“ und einer Gruppe Siamesen gekommen sein soll. Die Siamesen gingen nach beendigten Diensten spazieren, als sich ihnen einige Eingeborene näherten. Einer derselben ergriff die Kopfbedeckung eines Matrosen und lief mit derselben davon. Als der Verurtheilte dem Flüchtling nachzulaufen wollte, erhielt er von den Begleitern des Letzteren unversehens mehrere Stockschläge, jedoch er zu Boden sank. Nun legten sich seine Kameraden ins Mittel und es kam zu einer heftigen Schlägerei, bei der die Siamesen von ihren Messern Gebrauch machten. Mehrere Matrosen sollen schwer verwundet sein. Der Kommandant der „Vipere“ hat, so wird erzählt, sofort beim französischen Konsul in Bangkol Klage geführt und volle Genugthuung gefordert. Auf den Ministerien der Marine, der auswärtigen Angelegenheiten und der Kolonien dagegen will man kein offizielles Telegramm über diesen Vorfall empfangen haben.

Paris, 15. Mai. Der internationale Vergarbeiterkongress in Berlin findet hier große Beachtung. Vielfach wird — in chauvinistischem Sinne! — die Theilnahme von Franzosen an einem in Berlin tagenden Kongresse lebhaft bedauert. Der „Temps“ sieht in dem Umstand, daß ein Unterlaatssekretär (Burt) zum Präsidenten der ersten Sitzung erwählt wurde, einen „originellen Zug, welcher den Beginn des Berliner Kongresses von vielen Versammlungen ähnlicher Art in glücklicher Weise unterscheidet. Man kann nur wünschen, daß ein ähnlicher Geist in dem Vergarbeiter-Parlament bis zu dessen Schluß herrschen möge.“

Der „Matin“ versichert auf das Bestimmteste, — der offiziöse „Temps“ schweigt sich darüber aus, — daß Carnot zu der im Dezember stattfindenden Präsidenten-Wahl nicht als Kandidat auftreten werde, und zwar nicht aus Gesundheitsrücksichten, sondern aus verfassungsmäßigen Gründen. Das letztere insofern nicht sehr stichhaltig ist, beweist Greys Wiederwahl zur Genüge. Es handelt sich wohl wieder, wie so oft schon in dieser Frage, um einen Versuchsbalkon, um ein taktisches Manöver, Carnot zum Jarbehalten zu zwingen. Jede Partei, jede Gruppe hat natürlich ihren Lieblingskandidaten, und vermuthlich wetet man und setzt man auf sie, wie auf dies oder jenes Heimgewinn. Die meiste Aussicht hat bisher Dupuy; aber auch Casimir Perier findet am politischen Totalitar viel Verheißung. Ein Blatt stellt den General K als Kandidaten auf. Hiesentlich meint es nicht den General Dobbis, der heute nach völliger Niederwerfung des Widerstandes in Dahomey Frankreichs Boden zum zweiten Mal als Sieger betritt. Der „Figaro“ hat ihn bereits interviewt. Er erwiderte auf die Frage, was er für Dahomey vorziehe, die Einverleibung oder die Schutzherrschaft: „Ein Zweifel darüber ist nicht erlaubt. Man muß die Kistenfrühe einverleiben, um unsere Besigungen von Porto-Novo und Groß-Popo zu verbinden und uns den Alleinhandel mit dem Innern zu sichern, aber man muß sich wohl hüten, Dahomey selbst einzuverleiben. Das hat keinen praktischen Nutzen, und wir würden uns der Gefahr aussetzen, ziemlich bedeutende Kräfte immobilisieren zu müssen.“

Paris, 17. Mai. Nach Meldungen der Abendblätter entließ ein Ziegeleibesiger in Jory in Folge der Intervention sozialistischer Deputirter einen Theil seiner belgischen Arbeiter und verpflichtete sich, im nächsten Jahre keine Ausländer mehr zu beschäftigen. Aus Dragutignan wird gemeldet, daß in mehreren Drifchalten, in welchen die Drifzhüter mit Vorliebe Italiener beschäftigen, französischen Arbeiter aufreizende Kundgebungen gegen letztere unter Rufen „Tod den Italienern!“ veranstaltet haben. „Leib den Franzosen, zumeist Franzosen, wurden verhaftet.“

Paris, 17. Mai. Das Centennar-Fest der Gründung der polytechnischen Schule, welches drei Tage dauert, hat heute Vormittag mit einer Feier an dem Grabe des Begründers der Schule, Gaspard Monge, begonnen. Nachmittags fand in der Anstalt ein Empfang der ehemaligen Schüler statt, zu denen auch der gleichfalls erschienene Präsident Carnot gehörte. Der Papst überbande den Polytechnikern anlässlich der Centennarfeier der polytechnischen Schule seinen Segen.

Italien.

Rom, 17. Mai. Der Aufstandsprozess zu Palermo geht seinem Ende entgegen. Heute begann der Staatsanwalt seine Rede. Er beauftragt gegen den Abgeordneten Desiole 22 Jahre, gegen drei andere Mitglieder des Zentralkomitees der Arbeiterbünde 18 Jahre Zuchthaus. Es macht geniales Aufsehen, daß in der heutigen Verhandlung des Vorphalles der Generalinspektor Magini ansagte, er habe seiner Zeit die Minister Giolitti und Nicoli von allen Umständen in der Banca Romana, auch von den Fälschungen und Bestechungsverfälschungen Tanlongos unterrichtet, der jedoch trotzdem Senator wurde.

Australien.

Petersburg, 15. Mai. Die sich steigende Auswanderung der Tarenten aus Sib- und Ost-Russland fließt (wie dem „Standard“ berichtet wird) der Regierung nicht geringe Besorgnis ein. Die Auswanderer geben keinen besonderen Grund an, verlassen jedoch in Scharen ihre Heimstätten, auf denen ihre Vorfahren Jahrhunderte lang gewohnt haben. Wahrscheinlich sind die Ursachen die folgenden: Von Petersburg kam der Befehl, bei Schneewetter die Glocken zu läuten. Die Tarenten sind Völkermörder, und es ist ihnen entgeglichen, Glocken auf ihren Wägen anzubringen. Zweitens befahl der Minister, die Kinder im Winter mit warmem Wasser zu waschen. Daraus folgerten die Tarentenmütter, daß man die Kinder mit Gewalt zu Christen machen wolle und versteckten sie. Der dritte Grund ist der nachstehende: Es wurde ein Beamter zu den Tarenten geschickt, um die Steuerverhältnisse einzufassen. Da er nicht wußte, was er aus den Hieroglyphen machen sollte, die man ihm gab, so sagte er: die, welche ihre Steuern bezahlt hätten, sollten ein Kreuz neben ihre Namen setzen. Daraus schlossen die Tarenten gleich wieder, daß man sie mit Gewalt zum Christenthum bekehren wolle.

Serbien.

Belgrad, 17. Mai. Die Stadt ist von Gerüchten voll, daß sämtliche Häupter der radikalen Partei verhaftet seien, jedoch haben bis jetzt diese

Gerüchte keine Bestätigung gefunden. Wahr ist nur, daß heute Vormittag in der Redaktion des radikalen Organs „Diel“, bei dem radikalen Erminier Tauschanowitsch und bei noch einigen anderen radikalen Persönlichkeiten strenge Hausarrestpunkte für die Existenz einer radikalen Verschwörung haben. Der Eigentümer der Druckerei, in welcher der „Diel“ gedruckt wird, Alja Stojanowitsch, befindet sich in diesem Augenblick vor dem Untersuchungsrichter, wo er ein Verhör zu bestehen hat. Inzwischen hat der Kassationshof mit 9 gegen 4 Stimmen beschlossen, daß der königliche Ulas betreffs Rehabilitirung der Eltern des Königs für die Gerichte nicht rechtsverbindlich ist.

Stettiner Nachrichten.

* Stettin, 18. Mai. Der gestern Nachmittag von einer Anzahl von Konventen gefasste Beschluß, in den Generalstreik einzutreten, ist nicht zur Ausführung gekommen, da heute früh die Leute fast vollständig zur Arbeit erschienen sind.

* Vor einiger Zeit war in einem Lokal der Oberwies ein Herr aus Charlottenburg die Bierische mit etwa 1500 Mark Inhalt entwendet worden. Der Dieb ist jetzt in der Person des Matrosen Kiebs durch die Polizei ermittelt und verhaftet worden.

* Die Eltern des vorgestern durch Selbstmord getödteten Handlungslehrlings Ombon er suchten uns, mitzutheilen, daß derselbe den Tod nicht Schulden halber gesucht habe, welchem Wunsch wir hiermit nachkommen.

In Reineke's (Marx) Garten konzertierten gestern zum ersten Male die russischen Instrumental-Virtuosen K r a u s e l, welche sich bereits früher hier auf Glimm auf das beste eingeführt haben. Es ist dies eine aus 5 Personen bestehende Familie, welche auf den verschiedensten Instrumenten große Begabung zeigt, und daher das Programm sehr vielseitig gestaltet. So hörten wir gestern Vorträge auf Mandoline, Gitarre, Klyphon, Violine, Föste und das Haupt der Familie, Herr Th. Krausel, bläst sogar gleichzeitig nach eigener Erfindung auf zwei Oboen und dem Jayopt, daneben singen die im Alter von 4-11 Jahren stehenden drei Knaben auch muntere Weisen und führen zum Schluß auch einen russischen Nationaltanz auf. Es wird also in jeder Weise Abwechslung geboten, und das Publikum nahm die einzelnen Leistungen auch mit lebhaftem Beifall auf. Die Virtuosen konzertieren noch einige Tage in Reineke's Garten und Sonntag in Verbindung mit der Theater-Kapelle auf Glimm.

Der Landrath des Kreises Randow macht noch besonders darauf aufmerksam, daß nach dem § 2 der Polizei-Verordnung über die Vertilgung der Bucherblume senecio vernalis (Frühlings-Kreuzkraut) vom 29. Juni 1882 mit der Abführung der Grundstücke nach der Pflanze sofort zu beginnen ist und daß bis Mitte des Monats Juni die vollständige Vertilgung der Pflanze durchgeführt sein muß.

Auf dem Deutschen Lehrertag in Stuttgart wurden betreffs der Schulaufsicht folgende Sätze angenommen: 1. Die allgemeine Durchführung der in einzelnen deutschen Staaten, in Desterreich u. s. f. gesetzlich bereits festgelegten fachlichen Schulaufsicht kann im Interesse einer geistlichen Entwicklung der Volksschule nicht dringender genug gewünscht werden. 2. Durch die Anerkennung dieses zeitgemässigen Prinzips ist die Aufsicht in der bisher meist üblichen Form ausgeschlossen. 3. Leitung und Aufsicht in mehrklassigen Schulen sind dem ersten Lehrer (Hauptlehrer, Rektor) unter angemessener Mitwirkung des Kollegiums zu übertragen. Einlässliche Schulen unterliegen unmittelbar dem Kreisinspektors. Bei der Wahl der Schulleiter ist nur die persönliche und pädagogische Eignlichkeit maßgebend, nicht politische und kirchliche Nebenbetrachtungen. 4. Die Kreisinspektoren werden im Hauptamt verwaltet und liegt in den Händen eines theoretisch gebildeten und im praktischen Volksschulwesen erfahrenen Schulmannes. 5. Auch in den oberen Instanzen (Provinzial- bezw. Landesschulbehörden) ist die Volksschule durch erprobte Fachmänner vertreten. — Wegen einer entgeltlichen Regelung der deutschen Rechtschreibung gelangten folgende Sätze zur Annahme: 1. Eine durchgreifende, allgemein gültige Reform unserer nach Jahrhunderten gesplitteten, inkonsequenten, schwierigen Orthographie ist ein dringendes unabwiesbares Bedürfnis. 2. Als Leitfaden für diese Regelung unserer deutschen Rechtschreibung kann und darf nur das phonetische Prinzip dienen. 3. Mit der Reform der deutschen Schreibung ist aus sozialen und pädagogischen Gründen gleichzeitig der ausschließliche Gebrauch der lateinischen Schreib- und Druckchrift einzuführen. 4. Die verbündeten Regierungen sind darum vom geschäftsführenden Ausschusse zu ersuchen, diese Rechtschreibung einheitlich festzusetzen und deren Gebrauch in thunlichst kurzer Zeit für die Schulen und den amtlichen Verkehr anzuordnen.

Auf Aufforderung des Kultusministers Dr. Boffe hat das Provinzialschulcollegium zu Hannover ein Gutachten über den Werth der Stellschrift abgegeben, das im Wesentlichen dahin lautet: Die Stellschrift hat außer dem Vortheil größerer Deutlichkeit noch den Vorzug vor der Schriftdruckt, daß sie eine grade Mittellage des Schreibes nicht nur zuläßt, sondern beahmt, und dadurch bei einer graden, naturgemässen Körperhaltung auszuführen ist, während die Schriftdruckt zu einer schiefen Körperhaltung nöthigt. Es ist daher sowohl aus gesundheitlichen Rücksichten, wie zur Erzielung einer klaren Buchstabenbildung die Einführung der Stellschrift zu empfehlen.

Beachtung verdient folgende Entscheidung: Ein Arbeitgeber hatte zwei Arbeiter ohne Kündigung entlassen. Beide nahmen ihre Papiere in Empfang und verließen ohne Einspruch ihre Stellen, um dann nach einigen Tagen eine Klage auf Entschädigung wegen Kündigung zu fassen. Der Entlassene behauptete, daß er die Kündigung nicht angenommen habe, und zwar mit folgender Motivirung: Ein Arbeiter, der glaubt, Anspruch auf Kündigung zu haben, muß diesen Anspruch sofort bei seiner Entlassung geltend machen; er darf auch seine Papiere, wie die Karten für die Alters- und Invaliditäts-Versicherung nicht annehmen. Mit dieser Annahme gesteht er sein Einverständnis mit der Entlassung zu.

— Käst jemand, welcher mit dem Inhaber eines bestehenden Geschäfts einen gleichen Namen hat, im Konkurrenzinteresse seinen Namen als

Petersburg, 18. Mai. Die Kaiserin wird in Begleitung des Professors Zacharin den Großfürsten Georg besuchen. Von dem Urtheil Zacharjins wird es abhängen, ob der Großfürst Georg nach Petersburg zurückkehren wird.

Belgrad, 18. Mai: Wie aus guter Quelle bestätigt wird, soll die Aushebung der Verfassungstagsfähige bewirken, weil der Kassationshof den kaiserlichen Unst, welcher den Erzbischof Milan betrifft, für ungültig erklärt hat. In der Stadt herrscht die größte Aufregung.